

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Stephan Gamm, Birgit Stöver,
Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/8348

**Betr.: Das „Henne-Ei-Problem“ lösen – Mit dem „Bundesprogramm Lade-
Infrastruktur“ der Elektromobilität in Hamburg endlich mehr Dynamik
verleihen**

Alternative Antriebsformen sind für die Gestaltung moderner Mobilität in einer Millionenmetropole wie Hamburg von überragender Bedeutung. Diese sind, anders als klassische Verbrennungsmotoren, ideal geeignet, das ungebrochene Bedürfnis der Menschen nach Mobilität einerseits und die Erfordernis der umweltverträglichen Fortbewegung andererseits in Einklang zu bringen.

Vor allem mit der Elektromobilität (E-Mobilität) können weniger Lärmemissionen, weniger Schadstoffausstoß und damit mehr Lebensqualität erreicht werden. Trotz dieses Alleinstellungsmerkmals bleibt ausgerechnet die Verbreitung von Autos mit Elektroantrieb (E-Autos) in Hamburg weit hinter den Erwartungen zurück. Laut Angaben des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) wurden 2016 in Hamburg gerade einmal 358 Autos mit einem reinen Elektroantrieb angemeldet. Das entspricht bei den Neuzulassungen für Hamburg einem Marktanteil von nur 0,26 Prozent (Bundesdurchschnitt: 0,34 Prozent, Berlin: 0,37 Prozent). Selbst unter Berücksichtigung der sogenannten Hybrid-Fahrzeuge, die Elektro- und Verbrennungsmotor in einem Antriebssystem vereinen, liegt Hamburg mit einem Anteil von 1,03 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller Bundesländer von 1,77 Prozent.¹

Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU-geführte Bundesregierung mit der „Kaufprämie für E-Autos“ auf einen wichtigen Anreiz zur Förderung der E-Mobilität gesetzt. Mittlerweile hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) noch einmal nachgelegt. Nachdem die EU-Kommission Mitte Februar die Genehmigung erteilt hat, startete zum 1. März 2017 das „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“.² Seither können private Investoren, Gemeinden und Städte wie Hamburg entsprechende Förderanträge stellen. Aus dem gesamten Fördertopf in Höhe von 300 Millionen Euro entfallen 200 Millionen Euro auf den Aufbau von 5.000 Schnellladestationen (S-LIS) und 100 Millionen Euro auf den Aufbau von 10.000 Normalladestationen (N-LIS). Neben der Errichtung der Ladesäulen werden darüber auch der Netzanschluss und die Montage finanziert.

Dieses einmalige Fenster der Gelegenheit muss der Senat nutzen, um der E-Mobilität in Hamburg endlich mehr Dynamik zu verleihen. So ist der viel zu langsam voranschreitende Ausbau der Ladeinfrastruktur der zentrale Faktor für die Schleichfahrt der Elektromobilität in Hamburg. Statt, wie im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN angekündigt, „600 öffentlich zugängliche Ladepunkte bis Mitte 2016 bereitzustellen“;

¹ <http://www.abendblatt.de/hamburg/article209400647/Warum-Elektroautos-in-Hamburg-so-selten-sind.html>.

² <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2017/019-dobrindt-eladesaeulenoffensive.html>.

existieren auch über ein halbes Jahr später davon nur knapp die Hälfte (327, Stand: Ende Januar 2017). Diese Ladestationen, und hier insbesondere Schnellladestationen (S-LIS), werden allerdings dringend benötigt, um das Problem der im Vergleich zu Verbrennungsmotoren noch deutlich niedrigeren Reichweite von E-Fahrzeugen auszugleichen.

Es ist daher absurd, dass die Regierungsfractionen in Drs. 21/8348 schreiben, dass eine Stärkung des abgasfreien Verkehrs nur geht, „*wenn die notwendige Infrastruktur vorhanden ist*“ und dann im Petitum dieses Antrags aber lediglich farbige Bodenmarkierungen für Ladestationen, nicht aber die seit Langem überfällige Bereitstellung dieser Stationen an sich fordern.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft statt des Petitums aus Drs. 21/8348 folgendes Petitum beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Ladeinfrastruktur auszubauen mit dem Ziel, 600 öffentlich zugängliche Ladepunkte bis Mitte 2017 bereitzustellen.
2. bei Investitionen im öffentlichen Raum die Gelingensvoraussetzungen der Elektromobilität zu berücksichtigen und dazu
 - a) gemeinsam mit Handels- und Handwerkskammer, Einzelunternehmen, in Hamburg ansässigen Bundesbehörden sowie den Fachbehörden auf Landesebene Parkplätze mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge anzubieten und dafür eigenständig oder mit diesen Partnern Anträge auf Fördermittel aus dem „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“ zu stellen.
 - b) bei der Umsetzung des P+R-Entwicklungskonzeptes sicherzustellen, dass die Zahl entsprechender Parkplätze mit Ladestationen für E-Autos in den städtischen P+R-Anlagen deutlich ausgeweitet wird.
 - c) bei großen Bauvorhaben mit den Investoren die Bereitstellung von Parkplätzen mit Ladestationen zu verhandeln.
 - d) gemeinsam mit SAGA GWG ein Konzept zur Schaffung von Stellplätzen mit Ladestationen in den großen Wohnquartieren zu entwickeln.
 - e) bei allen Konzepten auch die verstärkte Nutzung von Elektrofahrrädern, den sogenannten Pedelecs, einzuplanen.
3. bei allen bestehenden und zukünftigen Standorten für Elektrofahrzeuge die farbige Bodenmarkierung an Ladeplätzen vorzunehmen.
4. der Bürgerschaft bis zum 31. August 2017 über die Umsetzung zu berichten.